Norddeutsche Allgemeine Zeitung.

Abend-Ausgabe.

Insertate übernehmen ausserhalb Berlins: Wien: M. Dukes, I., Wollzeile No. 6—8; A. Oppelik, I., Stubenbastei 2. — Frankfurt a. M.: G. L. Daube & Co. — Hamburg: Haasenstein & Vogler, Joh. Nootbaar, Adolf Steiner, William Wilkens. — Leipzig: C. Schoenwald. — Mainz: D. Franz. — München: C. Marowski. — Stuttgart: H. Schlotte, Wilh. Schaller. — Strassburg i. E.: Ad. Lehmann & Co. — Frankfurt a. M.: G. L. Daube & Co. — Hamburg: Haasenstein & Vogler, Joh. Nootbaar, Adolf Steiner, William Wilkens. — Leipzig: C. Schoenwald. — Mainz: D. Franz. — München: C. Marowski.

Wien: M. Dukes, I., Wollzeile No. 6—8; A. Oppelik, I., Stubenbastei 2. — Frankreich, England und Belgien: Alleinige Annahme bei der Compagnie générale de Publicité étrangère, John F. Jones & Cie. in Paris, 31^me rue de Faubourg Montmartre. — Schweiz: Orell Füssli & Co., Zürich.

Nr. 558. [31. Jahrgang.] Berlin, Sonnabend den 28. November 1891, Abends. [31. Jahrgang.] Nr. 558.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" erscheint täglich Morgens und Abends, mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag Morgen, bei besonderen Ereignissen in Extra-Ausgaben. Der Abonnementspreis beträgt für das Deutsche Reich und die österreichisch-ungarische Monarchie vierteljährlich 7 Mark 50 Pf., für das übrige Ausland mit dem entsprechenden Postaufschlag, und werden Abonnements bei den betreffenden Postanstalten angenommen. Für Berlin nehmen sämmtliche Zeitungs-Spediteure und die Expedition dieser Zeitung Wilhelmstraße 32, Abonnements vierteljährlich zum Preise von 7 Mark 50 Pf. sowie die Post-Expeditionen 8 Mark incl. Bestellgebühr entgegen. Preis der einzelnen Nummer 10 Pf. Inserate nimmt die Expedition zum Preise von 40 Pf. pro fünfgespaltene Petitzeile an. Beiträge für die Redaktion der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" sind an diese: Berlin SW. Wilhelmstraße 32, zu richten, und wird gleichzeitige Honoraranfrage erbeten.

Fernsprech-Anschluß Nr. 6514. Nachträgliche Honoraranfrage finden keine Berücksichtigung, unbenutzte Einsendungen können nicht aufbewahrt werden. Fernsprech-Anschluß Nr. 6514.

Inhalt der Sonntags-Beilage Nr. 48: Das verhängnißvolle Telegramm. — Väterländische Erinnerungen: Ein Ritterschlag im Jahre 1247. Burg Grandstein. — Mannigfaltiges: Am Ende der Saison der gefeiertste Mann. Zur Hygiene der Sprache des Kindes. — Haus- und Landwirthschaft: Die Bedeutung der bevorstehenden Hamburger Mastviehausstellung für den Fleischmarkt in Nordeuropa. Was ist bei der Winterpflege der Zimmerpflanzen zu beachten? Kleine Mittheilungen.

Politischer Tagesbericht.

Berlin, 28. November.

Je eifriger sich die Tagesliteratur mit der Handelspolitik beschäftigt, um so seltener geht die eigentliche Geschichtsschreibung auf diesen Theil der politischen Arbeit ein, auf welchem Gebiete mehr die friedlichen Beziehungen der Völker als ihre Interessenkonflikte zur Geltung gelangen.

Es mag diese Erscheinung ihren Grund darin haben, daß handelspolitische Vorgänge die Gegenwart lebhaft interessiren, während das auf diesem Gebiete in der Vergangenheit Liegende meist nur geringer Theilnahme begegnet, und daß demgemäß der von den verschiedenen Partei- und Interessenstandpunkten aus geführte handelspolitische Streit zwar die Mitlebenden erwärmt, aber die Nachkommen gleichgültig läßt, zumal diesem Meinungskampfe jene großen, glänzenden Ereignisse und Entscheidungen mangeln, welche in der politischen und kriegerischen Geschichte der Länder und Völker so auffällige Glanzpunkte bilden, daß die Forschung von der Aufgabe angezogen wird, auch die Wurzeln derselben aufzudecken und die Details der Vorbereitungen zu erfassen.

Je seltener man aber handelspolitischen Geschichtswerken begegnet, desto dankenswerther ist es, wenn solche, darauf verzichtend, Parteischriften des Meinungsstreites zu sein, sich der Quellenforschung zuwenden und den wirklichen Verlauf der Sache, losgelöst vom Tagesstreite, in einwandfreier Form erhärten. Dieses Vorzuges erfreut sich ein kürzlich von dem Mitgliede des österreichischen Abgeordnetenhauses Adolf Beer über die österreichische Handelspolitik im neunzehnten Jahrhundert herausgegebenes Werk*).

Der Verfasser hat durchweg handschriftliche Quellen benutzt, um die historische Entwickelung der Finanzen und der Handelspolitik des österreichischen Kaiserstaates seit dem Beginn dieses Jahrhunderts, im Speziellen während der letzten vierzig Jahre zur Darstellung zu bringen, und wurde ihm zu diesem Zwecke seitens des früheren Finanzministers v. Dunajewski und des gegenwärtigen Handelsministers Marquis v. Bacquehem die Erlaubniß zur unbeschränkten Durchforschung der amtlichen Akten ertheilt. Auch der Nachlaß des Frhrn. v. Kübeck konnte benutzt werden.

Das bezüglich erschöpfendem Material gegenüber vielerlei Aufstellungen und Auffassungen in der bisherigen Literatur über diesen Gegenstand sich als durchaus unbegründet darstellen, ist eigentlich selbstverständlich. Vieles, was als Fehler auf handelspolitischem Gebiet gelabelt wird, stellt sich bei genauer Durchforschung des Materials als den Zeitumständen durchaus entsprechend und von der richtigen Absicht über das dem Wohle des Staates und seiner Bevölkerung eingegeben, heraus. Die entgegengesetzte Darstellung entspringt meist der Beurtheilung vom Standpunkte der Parteidoktrin aus, welche bekanntlich auf wirthschaftlichem Gebiete kaum toleranter auszuüben pflegt, als auf politischem und kirchlichem. Wer dem Forscher in die Quellenforschung aber halten derartige Darstellungen nicht Stand, und gewiß hat der Verfasser Recht, daran zu mahnen, der Staat sollte in die zeitgenössische Geschichte sich einschleichenden Irrthümern entgegentreten und sie sich nicht erst einmischen lassen, bis sie später nur schwer wieder auszurotten sind. Dieses sollte nicht nur für Oesterreich und für handelspolitische Geschichte, sondern allgemein gelten.

Ein tieferes Eingehen auf das in jeder Hinsicht beachtenswerthe Werk ist an dieser Stelle selbstverständlich nicht zu ermöglichen; aus den Schlußbetrachtungen des Verfassers mögen jedoch hier einige Sätze folgen, in denen der Autor sich über die derzeitige handelspolitische Situation verbreitet. Er sagt:

Wir stehen abermals an einem Wendepunkt der Handelspolitik. Zwischen Deutschland, Oesterreich, Italien und der Schweiz finden Verhandlungen statt, welche hoffentlich zu einem befriedigenden Ergebnisse führen werden. Große Erwartungen können indeß daran nicht geknüpft werden. Die beträchtliche Erhöhung der Zölle in den letzten anderthalb Jahrzehnten hat in den verschiedenen Ländern zur Anwerbung bedeutender Kapitalien in mancherlei Industriezweigen geführt und dadurch mächtige Interessen geschaffen, die gesichert werden wollen. Es wird schon viel erreicht sein, wenn für eine Reihe von Jahren wenigstens eine Linderung der Zollsätze hoher stellt und einer weiteren Steigerung der Zollsätze ein Riegel vorgeschoben wird. Auch der Freihändler kann nicht wünschen, daß ein jäher Umschlag erfolge und eine allzudrückliche Verabredung der Zollsätze beliebt werde. Langsam und allmählich muß sich die Aenderung vollziehen, nur auf diese Weise trägt sie die Gewähr der Dauer an sich. Die Industriellen müssen selbst allgemach die Ueberzeugung gewinnen, daß ein erleichterter Verkehr große Vortheile für sie nach sich zieht. Die Rückkehr zur Vertragspolitik ist im Zuge; durch übereilte Maßnahmen würde sie im Keime abermals erstickt."

Der Leser wird sofort wahrnehmen, daß er es hier mit einem aus freihändlerischen Grundanschauungen fließenden Urtheile zu thun hat; allen Denen aber, welche die im Zuge befindliche handelspolitische Aktion nicht für einschneidend genug erachten, dürfte gerade dieses Urtheil von besonderem Werth sein.

*) Die österreichische Handelspolitik im neunzehnten Jahrhundert von Adolf Beer. Wien, Manz'sche Verlagsbuchhandlung. 12 ℳ.

In der heutigen (199.) Plenarsitzung des **Reichstages**, welche der erste Vizepräsident Graf v. Ballestrem um 1¼ Uhr eröffnete, erledigt bei Fortsetzung der ersten Berathung des Etats zunächst das Wort Abg. Dr. Lieber, um die Stellung der nationalliberalen Partei darzulegen. Er schloß die Kolonialpolitik von vornherein aus, verlangte sich auch, auf die Polenfrage einzugehen, weil dieselbe hauptsächlich Preußen allein berühre. Was der Herr Reichskanzler über die Tüchtigkeit unserer Armee gesagt, werde in der Nation freudig aufgenommen werden. Was derselbe über die im nächsten Winter beabsichtigten Abänderungen unserer Armeeorganisation gesagt habe, verstehe er so, daß damit die Einführung der zweijährigen Dienstzeit, welcher seine politischen Freunde vollständig zustimmten, gemeint sei. Eine Ursache der Verstimmung im deutschen Volke wäre allerdings der Rücktritt des Fürsten Bismarck, dessen Andenken das deutsche Volk dauernd bewahren werde. Deshalb hätten ihn gestern die bezüglichen Angriffe des Abg. Rickert nicht angenehm berührt. Aber gleichwohl berechtige diese dankbare Erinnerung an den früheren Reichskanzler nicht zu dem herrschenden Pessimismus; die nationalliberale Partei würde jedenfalls die Vorlagen der Regierung wie bisher objektiv prüfen und dieselben annehmen, wenn sie dieselben für annehmbig halte. Bezüglich der Angelegenheiten des Etats sei die sorgfältigste Prüfung in der Kommission geboten und die Ausgaben jedenfalls auf das Nothwendige zu beschränken. Abg. Bebel erkennt den gestrigen Ausführungen des Herrn Reichskanzlers bezüglich der Friedenssicherung und der militairischen Maßnahmen einen gewissen Widerhruch. Die leitenden Minister, die nach ihrer Versicherung sämmtlich den Wirthschaften des Fürsten Bismarck, dessen Sammlungen, um die Ursachen zu prüfen, welche den gegenwärtigen unerfreulichen Zustand hervorgerufen, um deren Beseitigung herbeizuführen. Der Herr Reichskanzler habe bei den „Leitungsschreibern" gestern Vorwürfe wohl nur an Einzelne gerichtet, aber in dem „Hamb. Nachrichten" das Wort führen. Im Uebrigen spiegelten aber die Zeitungen doch im Allgemeinen nur wieder, was im Volke gedacht und gesprochen werde. Das gegenwärtige System der vermehrten Rüstungen und ein demnächst folgender großer Krieg werde nothwendig zu einem totalen Zusammenbruche führen. Neuerdings werde nun die Angst selbst von hochautoritativer Seite gepflegt, daß diejenigen, die Schlichtung von inneren Kämpfen berufen sei. Die näheren Ausführungen des Abg. Bebel in dieser Beziehung veranlassen indeß den Vizepräsidenten Grafen v. Ballestrem, dem Redner zu bemerken, daß es unstatthaft sei, die Reden Sr. Majestät des Kaisers in die Debatte zu ziehen und zu kritisiren. Nächst dem Militairischen geht der Führer der sozialdemokratischen Fraktion dann zu einer Verurtheilung des Wirthschaftlichen, des Fürsten Bismarck, dessen gehe auch hier einer verhängnißvollen Krisis entgegen. Es sei ganz richtig, wie es das „Deutsche Wochenblatt" behaupte, daß die ganzen brutigen Erscheinungen an die Zustände vor der französischen Revolution erinnerten. In Einzelnen sündige die Regierung in wirthschaftlichen Dingen allerdings Abhülfe schaffen. Denn, wenn der hohe Getreidepreis auch in erster Linie durch die Mißernte und das russische Ausfuhrverbot veranlaßt sei, so liege doch der Preiswesentlich durch die Getreidezölle noch erhöht; da sei es doch unbegreiflich, daß die Regierung in einer Zeit größten wirthschaftlichen Niederganges den Getreidezoll nicht aufhebe. Sehr zu bedauern sei es auch, daß der Herr Reichskanzler gestern gar nicht auf die Frage der Getreidezölle eingegangen sei. Die ganze Zollpolitik werke so aufregend auf die nicht wohlhabende Bevölkerung, daß es keiner äußeren Agitation bedürfe. Nachdem der Redner geschlossen, ertheilt der Präsident die von demselben gemachten Angriffe gegen den Fürsten Bismarck, als gegen ein Mitglied des Hauses (Bethertell) gerichtet, nachträglich für unzulässig. Bei Schluß der Debatte hat das namens der Deutschkonservativen Abg Dr. von Frege das Wort.

Bekanntlich haben vor einigen Wochen in Berlin Berathungen zwischen Vertretern der österreichisch-ungarischen und deutschen Regierung stattgefunden, um den Artikel 20 des zwischen beiden Regierungen am 22. Mai 1881 abgeschlossenen Handelsvertrags, **Patent- und Musterschutz** betreffend, einer Abänderung, respektive Ergänzung zu unterziehen. Die bisherigen Verhandlungen haben zu einem günstigen Resultat geführt, und wird, wie das „Frdbl." hört, demnächst, den Artikel 20 aus dem neuen mit dem Deutschen Reiche abzuschließenden Vertrage zu eliminiren und an dessen Stelle eine Separatkonvention zu setzen, welche gleichzeitig mit der Vorlage des Vertrages mit Deutschland dem Parlamente unterbreitet werden soll. Es bildet die neue Konvention einen nicht unwichtigen Theil der durch den neuen Handelsvertrag mit Deutschland angebahnten Regelung der Verkehrbeziehungen beider Staaten.

Wie man der „Pol. Korr." aus **Rom** meldet, ist das Verfahren und der Ort für die Unterzeichnung der neuen Handelsverträge zwischen Oesterreich-Ungarn, Deutschland und Italien bisher noch nicht festgestellt.

Obgleich der neue **Schulexemplar für die Gymnasien** in seiner definitiven Fassung noch nicht bekannt ist, hat sich bereits eine lebhafte Preßdiskussion an denselben geknüpft. Dabei sind sich ausschließlich abfällige Beurtheilungen bekannt geworden. Um so bemerkenswerther erscheint, wenn in einem Blatte wie der „Vossischen Zeitung", bei welchem die Neigung zur Kritik nicht etwa in verkümmerter, sondern im Gegentheil in recht reicher Entwickelung zu Tage zu treten pflegt, die Zustimmt eines alten Schulmannes, klassischen Philologen, zur Wiedergabe gelangt, die sich mehr zustimmend äußert. Wir zitiren aus derselben, was folgt:

Gewiß haben sie (die neuen Lehrpläne), wie alle Dinge auf der Welt, ihre Mängel. Aber bei vorurtheilsloser Prüfung ist unverkennbar, daß sie einen erheblichen, zeitgemäßen und mit lebhaftem Dank in unserem Volke zu begrüßenden Fortschritt bilden. Wir leben in einer anderen Zeit, als unsere Väter, unter ganz veränderten politischen und sozialen Verhältnissen, und diese bedingen auch eine Aenderung der Jugenderziehung, und nichts ist verkehrter, als das eigensinnige Festhalten an dem Hergebrachten, weil es früher einmal das Zweckmäßige war.

Die neuen Lehrpläne entsprechen zunächst in allen wichtigeren und prinzipiellen Punkten der Schulkonferenz, wie sie bereits in den anderen größeren deutschen Staaten zum Segen der höheren Schulen durchgeführt worden ist, sie entsprechen insbesondere den Wünschen, die seit Jahren im Publikum, in der Presse, in Vereinen aller Art immer wiederholt und immer dringlicher ausgesprochen worden sind. Sie bilden eine besonnene und maßvolle Vorwärtsbewegung auf dem Wege, der mit der Beseitigung des lateinischen Aufsatzes und des Lateinsprechens beim Abiturientenexamen eingeschlagen worden ist. Auch als der lateinische Aufsatz fiel, erscholl ein Wehegeschrei Derer, die in dem Lobe der vergangenen Zeit die größte Weisheit sahen. Und schon jetzt, nach wenigen Monaten, findet sich kaum noch Jemand, der ihn ernstlich zu vertheidigen wagt. So wird es auch mit dem übereilten Tadel gehen, der sich gegen den weiteren Fortschritt hervorwagt. Man wird sich bald beseitigen schämen. Vor allen Dingen wird durch die neuen Pläne eine Entlastung unserer Schüler herbeigeführt, theils durch eine Beschränkung und Gleichterung der häuslichen Arbeiten. Es entfallen in einigen Klassen zwei, in anderen drei, in der Quinta wöchentlich fünf Unterrichtsstunden, sehr zum Segen der kleinen Kreis, die nun für das Turnen, Schwimmen, Schlittschuhlaufen, Spazierengehen und an Theilnahme am Familienleben mehr Zeit gewinnen. Diese Beschränkung der Stunden wird besonders dadurch herbeigeführt, daß das Latein in allen Klassen nur in sechs wöchentlichen Stunden gelehrt wird, statt bisher in neun resp. acht, und daß griechische überhaupt nur in sechs, statt bisher in sieben Stunden. Diese Herabminderung des Unterrichts in den beiden alten Sprachen erregt nun den besonderen Zorn der in ihren Vorurtheilen befangenen Philologen, und er findet in den unglaublichsten Uebertreibungen der Presse seinen Ausdruck. Wenn man aber erwägt, daß zu jeder lateinischen oder griechischen Unterrichtsstunde immer doch mindestens eine halbe Stunde häuslicher Vorbereitung gehört, so wird ein Gymnasialschüler sortan immer noch wöchentlich 18 Stunden seiner Zeit auf das Studium der beiden alten Sprachen verwenden. Sollte dies wirklich so ganz unzulänglich sein? Vielleicht wollen die Lehrer von dem verkehrten Wahn ablassen, daß es darauf ankomme, lauter Philologen auf unseren Gymnasien heranzubilden. Eine Entlastung der Schüler wird dann namentlich bei den häuslichen Arbeiten herbeigeführt. Alle unnütze mechanische Schreibweise, dem so wie die Ueberbürdung des Gedächtnisses mit Memorirstoff, mit Namen, Daten und Zahlen sollen vermieden und die Lektüre und das Verständniß der fremden Schriftsteller durch den Lehrer so gefördert werden, daß die Präparationen zum Theil in den Unterrichtsstunden stattfinden. Im Religionsunterricht wird die Zahl der zu lernenden Gesangbuchlieder und der aus der Kirchengeschichte zu merkenden Namen, Daten und Thatsachen in maßvoller Weise begrenzt. In der Vertheilung des Geschichtsunterrichts wird in so fern eine wesentliche Besserung herbeigeführt, als in Zukunft derselbe schon in der Untersekundstufe einen vorläufigen Abschluß erhält, und daher die große Zahl junger Leute, die mit dem Zeugniß für den einjährigen Militairdienst die Schule verlassen, einen vollständigen Ueberblick auch über die neuere Geschichte erhalten, während bis jetzt meist in der Untersekunda die alte Geschichte in erweitertem Umfange gelehrt, und erst in der Prima die neuere Geschichte, und zwar selben genug bis auf unsere Zeit, behandelt wurde. So kam es oft vor, daß ein Gymnasiast weder die Schlacht bei Cannä, aber nicht die Völkerschlacht bei Leipzig, wohl die Gründe des Zerfalls der alten hellenischen Städte, aber nicht die des Zerfalls des Deutschen Reichs kennen gelernt hatte. Und kann man es tadeln, wenn sortan der kleine Sextaner nicht mehr in der Geographiestunde mit dem Kap Taschelnaskin und dem Himalayagebirge, sondern mit der Spree und Havel und Elbe beginnt? Man hat es in den neuen Unterrichtsplänen vermieden, die berechtigten Wünsche des gebildeten Publikums mit den Interessen der Schule in unzweckmäßiger Weise zu vereinigen und einen schonenden und maßvollen Uebergang und Fortschritt vom Alten und Ueberlebten zu einer zeitgemäßen Reform des höheren Schulwesens herbeizuführen. Um so bedauerlicher ist es, daß zwar die Form des Maturitätsexamens einige nicht unerhebliche Verbesserungen aufweist, aber am Schluß des Unterrichts in der Untersekunda ein neues, zweites Examen eingeführt worden ist, durch welches das Recht zum einjährigen Militairdienst erworben wird. Zunächst steht diese Einrichtung im Widerspruch mit den Bestimmungen des Reichswehrgesetzes, welches ausdrücklich diese Berechtigung an den einjährigen Besuch der Prima der Unterrichtsanstalt knüpft. Schon jetzt wird diese klare Bestimmung des Gesetzes thatsächlich verletzt, weil man in Folge einer Ministerialverfügung überall die Versetzung nach Obersekunda zu fordern sich berechtigt glaubt. Aber die Einführung einer besonderen Prüfung für das Recht zum einjährigen Dienst ist ohne gesetzliche Regelung unmöglich, und diese gesetzliche Regelung, die eine Aenderung des Reichswehrgesetzes nothwendig machen würde, ist wohl nicht herbeizuführen. Und nun noch ein neues Examen, wo alle Welt darüber einig ist, daß die Examen den preußischen Schulen mindestens eben so viel geschadet wie genützt haben?! Ohne Einpauker, ohne Pressur ist einmal kein Examen zu denken. Also fort mit dieser unglücklichen Idee, die eine allgemeine, berechtigte Verurtheilung in allen betheiligten Kreisen findet, jetzt wo es noch an der Zeit ist."

Dadurch daß wir die Ansichten des alten Schulmannes hier wiedergeben, wollen wir in keiner Weise für die Richtigkeit aller Angaben einstehen, welche die Unterlage obiger Kritik abgeben.

Wie wir aus brasilianischer Quelle hören, hatte der deutsche Gesandte Graf Dönhoff am 26. Oktober eine Besprechung mit dem Minister des Auswärtigen der Vereinigten Staaten von Brasilien, Herrn Justo Chermont. Beide Herren sprachen über einen Handels- und Schifffahrtsvertrag, der zwischen Deutschland und Brasilien zur Erörterung gelangen soll.

Daß die prinzipiell freihändlerischen Organe der Union die Wirkungen der **Mr. Kinley-Bill** wenig günstig beurtheilen, ist leicht erklärlich. Beachtenswerth erscheint, daß Blätter, welche den entgegengesetzten Standpunkt vertreten, diesem Urtheile beistimmen. So äußert der in Philadelphia von dem dortigen Fabrikantenklub herausgegebene „Manufacturer" über die Wirkungen des Tarifs:

Es fragt sich, ob je in einem Lande günstigere Bedingungen zur Entwickelung des Handels bestanden haben, als gegenwärtig in den Vereinigten Staaten; trotzdem läßt es sich nicht in Abrede stellen, daß, wenn sich auch das Geschäft im Großen und Ganzen hebt und viele neue Unternehmungen in der Gründung begriffen sind, in wichtigen Zweigen der Industrie anhaltende Stille und Besorgniß vorhanden sind, und daß es nicht möglich ist, den Sohn gewissenhafter Arbeit und Anstrengungen zu ernten."

Der „American Wool and Cotton Reporter" berichtet, der Kleiderhandel habe sich noch nie in einer so schlimmen Lage wie gerade jetzt befunden. Das „Bulletin" der Eisen- und Stahlexploration konstatirt, daß die Roheisenproduktion in der ersten Hälfte des Jahres um 35 pCt. nachgelassen habe, und der Sekretair der Assoziation bemerkt in seinem Bericht, daß allen Anzeichen nach noch eine weit größere Reaktion in der Stahl- und Eisenindustrie zu erwarten ist."

Rundschau im Auslande.

Im **Belgien** steht bekanntlich seit längerer Zeit die Frage einer Verfassungsrevision auf der Tagesordnung. Und zwar handelt es sich um eine zeitgemäße Erweiterung des Stimmrechts, welches in Belgien auf einen engeren Kreis von Staatsbürgern beschränkt ist, als in irgend einem der anderen Verfassungsstaaten. Die Sache zieht sich schon geraume Zeit hin und ist auch nicht gefördert worden durch einen kürzlich gemachten, äußerst umfangreichen Kammerbericht, der an allen positiven Vorschlägen, die gemacht worden sind, viel auszusetzen findet, selbst aber durchaus zu keiner klaren Konklusion kommt. Das Schlimme ist nun, das es den in der gegenwärtigen Kammer vertretenen Parteien nicht besser geht. Mit Ausnahme einer Anzahl von Radikalen, welche sich dem sozialdemokratischen Verlangen nach dem allgemeinen Stimmrecht anschließen, wissen auch sie nicht, was sie eigentlich wollen. Gestern Abend hielt in Brüssel die „liberale Liga" eine Generalversammlung ab. Der Präsident Vanderkindere verlas den Bericht über das verflossene Jahr, worin es heißt, daß das Komité sich über die Formel des unbedingten allgemeinen Stimmrechts nicht habe einigen können; der Generalrath der liberalen Liga sei überzeugt, daß das allgemeine Stimmrecht gegenwärtig für Belgien nicht passe. Der Bericht drückt ferner den festen Entschluß der Liga aus, das Wahlprojekt der Regierung, welchem der Minister Bernaert seine Unterstützung geliehen habe, abzulehnen. Der Abgeordnete Graux und Bürgermeister Buls sprachen sich in demselben Sinne aus. Das scheint der hochgeehrten Versammlung völlig genügt zu haben. Es wurden hierauf die im Bericht vorgeschlagenen Anträge genehmigt. Vanderkindere wurde als Präsident wiedergewählt.

Das **englische** Parlament wird, gutem Vernehmen nach, am 9. Februar k. J. zusammentreten.

Das Londoner „Daily Chronicle" meldet aus **Tientsin** von gestern, der Generalgouverneur Li-hung Tschang habe die Nachricht erhalten, daß die kaiserlichen Truppen Zeugen der Niedermetzelung der belgischen Missionaire in Yiren gewesen seien, ohne irgend einen Versuch zu machen, dieselbe zu verhindern. Die mongolischen Rebellen befänden sich auf dem Marsche nach Süden. Ein Zusammenstoß mit den kaiserlichen Truppen scheine bevorzustehen.

Ein **Pariser** Telegramm besagt, daß nach Privatmeldungen aus Tanger die Häuptlinge der Tuat-Stämme sich unter das Protektorat Marokkos stellten behufs Wahrung ihrer Unabhängigkeit gegenüber Frankreich. Diese Nachricht würde als eine bedeutsame zu gelten haben, wenn Marokko das angebotene Protektorat wirklich angenommen hätte. Eben hiergegen ist von französischer Seite protestirt worden.

Die französische Regierung hat, wie „Hirsch's T. B." meldet, in **Sofia** Beschwerde erhoben wegen der beleidigenden Sprache, welche die offiziöse „Swoboda" gegen das französische Konsulat geführt habe. In der Beschwerde wird gleichfalls gegen die neuerliche Anweisung des Hawas-Korrespondenten Chabourne protestirt. Der Letztere hatte, wie kürzlich erwähnt, seine Lügenberichte nicht nur in einer ganzen Anzahl von französischen Blättern, sondern auch gelegentlich in der „Times" abgelagert.

Ueber den von der **brasilianischen** Marine und einem Theil des Landheeres, wie es scheint, dem kleineren, zum Präsidenten der Republik ausgerufenen General Peixoto wird in englischen Blättern Nachfolgendes mitgetheilt: Floriano Peixoto ist in der Provinz Alagoas geboren und 49 Jahre alt. Er ist als einfacher Soldat in das Heer eingetreten und hatte erst später die Studien in der Militairschule nach. Bei Ausbruch des Krieges gegen Paraguay war er Unterlieutenant, bestätigte aber bereits in der Schlacht von Aquidaban, die den Feldzug entschied, das 9. Infanterieregiment. Im November 1889, als die Monarchie gestürzt wurde, war er Generalmajor und folgte Benjamin Constant als Finanzminister; mit seinen Kollegen trat er vom Amte zurück, angeblich weil er für den Konzessionsschacher, den Marschall Fonseca bei Vergebung der Hafenarbeiten in Torres getrieben haben soll, die Verantwortung nicht übernehmen mochte. Nachdem er von seinem Heimathsstaate Alagoas zum Senator gewählt worden war, wurde er bei der Präsidentenwahl fast einstimmig zum Vizepräsidenten der Republik ernannt und war als solcher Präsident des Senats. Nachrichten, welche über Buenos Ayres nach Paris gelangt sind, bezeichnen die Berichte über eine Verschwörung von Offizieren als übertrieben; die Offiziere seien schon nach dem ersten Verhör wieder auf freien Fuß gesetzt worden. Nach einer Meldung des „Reuter'schen Bureaus" aus Rio de Janeiro von gestern hätte das neue Kabinet die Wiedereinsetzung der abgesetzten Regierung von Rio Grande do Sul verlangt. Die Provinz hätte sich indessen geweigert, dieser Forderung nachzukommen und drohe mit gewaltsamem Widerstande.

Parteibewegung.

— Zu den Stichwahlen für die Berliner Stadtverordneten wird sozialdemokratischerseits folgende Erklärung veröffentlicht: „Um über die Stellung der Sozialdemokratie zu den zwischen den gegnerischen Parteien stattfindenden Stichwahlen zu berathen, fand eine Zusammenkunft sämmtlicher Bezirkskomitès, sowie des Zentral-Wahlkomitès und der gewählten Stadtverordneten statt, in welcher einstimmig beschlossen wurde, den Genossen zu empfehlen, sich an den Stichwahlen zwischen den gegnerischen Parteien nicht zu betheiligen."

Deutsches Reich.

Hof- und Personal-Nachrichten.

Berlin, 28. November.

* Se. Majestät der Kaiser und König hat heute Vormittag mit dem Prinzen Heinrich, dem Prinzen Albert von Sachsen-Altenburg, sowie den Herren seiner Begleitung Schloß Hummelshain wieder verlassen und mittelst Sonderzuges über Großheringen, Halle, Magdeburg 2c. die Rückreise nach Potsdam angetreten, woselbst die Ankunft im Laufe des Nachmittags erwartet wurde. Der Herzog von Sachsen-Altenburg begleitete Se. Majestät bis Kahla, der Großherzog und der Erbgroßherzog von Weimar gaben Allerhöchstdenselben bis Jena das Geleit. Der Herzog von Altenburg und der Erbprinz von Schaumburg-Lippe kehren nach Altenburg zurück.

Ende der nächsten Woche gedenkt Seine Majestät der Kaiser zur Abhaltung einer größeren Hofjagd sich nach den königlichen Forstrevieren in der Oberlausitz zu begeben, um am 4. und 5. Dezember daselbst zu verweilen.

* Wann die kaiserliche Familie zum Winter aufenthalte vom Neuen Palais nach Berlin kommen und im hiesigen Schlosse Wohnung nehmen wird, darüber sind, wie wir erfahren, bis zur Stunde noch keine Bestimmungen getroffen.

* Se. königl. Hoheit der Prinz Heinrich trifft, dem Vernehmen nach, mit Sr. Majestät dem Kaiser am heutigen Nachmittage aus Hummelshain wieder in Berlin ein, um hier zu kurzem Aufenthalte zu verweilen und Ihre Majestät die Kaiserin Friedrich bei deren Rückkehr nach Berlin zu begrüßen.

* Se. königl. Hoheit der Prinz Georg, Höchstwelcher gegenwärtig noch in Wien weilt, wird, dem Vernehmen nach, in der nächsten Woche nach Berlin zurückkehren, um, nach Beendigung seiner Dienstreisen, nunmehr hier seinen Winteraufenthalt zu nehmen.

* Se. königl. Hoheit der Erbgroßherzog Ludwig von Hessen feierte am 25. d. M. sein Geburtsfest. Am nächsten Tage hatte derselbe die Ehre, von Ihrer Majestät der Kaiserin im Neuen Palais empfangen und mit einer Einladung zur Mittagstafel beehrt zu werden.

* Ihre kaiserl. Hoheiten der Großfürst und die Großfürstin Wladimir von Rußland, welche während des gestrigen Tages in Berlin verweilten, empfingen im Laufe des Nachmittages in der hiesigen russischen Botschaft einige Besuche und unternahmen später einen gemeinsamen Spaziergang durch die Straßen der Stadt, um gelegentlich desselben verschiedene der hiesigen Geschäftslokale zu besuchen und daselbst bedeutende Einkäufe zu befehlen. — Gegen 6 Uhr kehrten Beide nach dem russischen Botschaftspalais zurück. — Um 11 Uhr 1 Minute Abends setzten darauf der Großfürst und die Großfürstin Wladimir von hiesigen Bahnhofe in der Friedrichstraße aus mit den Damen und Herren ihres Gefolges ihre Rückreise nach Livadia fort. —